

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – DS 5/4031 100 Prozent
Ökostrom für Brandenburgs Landesbehörden

100 Prozent Ökostrom für Brandenburgs Landesbehörden möglich

Der Landtag stellt fest:

Der BLB hat im Jahr 2009 auch vor dem Hintergrund einer Empfehlung des Landesrechnungshofes eine europaweite Ausschreibung des landesweit gebündelten Strombezugs durchgeführt. Eine der wesentlichen Kriterien der Ausschreibung war dabei, dass mindestens 50 Prozent der zu liefernden Gesamtmenge aus erneuerbaren Energiequellen stammen sollte und dass die Herkunft und Lieferfähigkeit nachgewiesen und zertifiziert werden muss. Aktuell liegt der Stromanteil aus erneuerbaren Energien mit 73 Prozent über den geforderten Anteil von 50 Prozent.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in der nächsten geplanten Ausschreibung einen 100 prozentigen Anteil von erneuerbaren Energiequellen anzustreben.

Begründung:

Die Verminderung des Stromverbrauchs und der Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien gehören zu den klimaschutzpolitisch wirkungsvollsten Maßnahmen. Mit dem Bezug von Ökostrom können Brandenburgs Landesbehörden ihre CO₂-Emissionen unmittelbar senken und so auch einen Beitrag zur Umsetzung der Energiestrategie des Landes leisten. Nach geltendem Vergaberecht ist die rechtssichere Ausschreibung der Lieferung von Ökostrom problemlos möglich.

Dass dies auch wirtschaftlich ist, zeigt das Beispiel Rheinland-Pfalz. Dort wird bis Ende 2012 98 Prozent der Landesverwaltung mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen ohne Mehrbelastungen für das Land beliefert.

Ralf Holzschuher
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE